

II-1776 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 979 IJ

1991-05-02

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Soz.Arb. Srb und FreundInnen

an den Bundeskanzler

betreffend die Einstellung von behinderten Menschen nach dem
Behinderteneinstellungsgesetz in Ihrem Bereich

Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht u.a. vor, daß alle Dienstgeber, die 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, auf je 25 Dienstnehmer mindestens 1 begünstigten Behinderten einzustellen.

Gerade die öffentlichen Dienststellen gehen jedoch - zum großen Ärger der davon betroffenen behinderten Menschen - trotz ihrer zweifelsohne vorhandenen Vorbildwirkung nicht mit gutem Beispiel voran, sondern kommen zumeist in einem erschreckend hohen Ausmaß ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Einstellungspflicht nicht nach. Dies ist auch eine der Ursachen für die hohe Arbeitslosenrate behinderter Menschen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie, Herr Bundeskanzler, folgende

A N F R A G E

- 1) Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich des Bundeskanzleramtes für 1991?
- 2) Wie hoch ist die Anzahl der offenen Pflichtstellen in Ihrem Bereich für 1991?
- 3) Wie hoch war die Ausgleichsabgabe, die der Bund im Jahre 1990 an den Ausgleichstaxfonds leisten mußte?
- 4) Sind Sie als Chef dieser Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich dieses Themas verstärkt anzunehmen, etwa in Form von Weisungen, verstärkter Öffentlichkeitsarbeit oder durch die gänzliche Erfüllung der Einstellungspflicht in Ihrem eigenen Bereich?
- 5) Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in dieser Causa im vergangenen Jahr gesetzt?